

Bildungsprojekt der neuen ÖVP/FPÖ Regierung

Thema	Plan der neuen Regierung (blaue Schrift) + unsere Bemerkungen
Sonderschulen	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Stärkung des Sonderschulwesens. • Präzisierung der Kriterien für Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf in anderen Regelschulen. • Entwicklung von anschließenden Ausbildungsmöglichkeiten (z.B. eine standardisierten Abschlussprüfung für eine Fachausbildung als Vorstufe der Lehrabschlussprüfung). <p><i>Bemerkung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Ein Mittelweg wäre ratsam: So wenige Sonderschulen wie möglich und so viele wie nur unbedingt nötig (z.B. Schulheim Mäder) ○ Die Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen gibt zu bedenken, dass eine Abkehr von der Inklusion außerdem gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstoßen würde. ○ Bei einer Inklusion kommt hinzu, dass Kinder ohne Behinderung schon früh mitbekommen, dass es Menschen gibt, die anders sind, aber trotzdem ganz normal sein können.
Sonderpädagogische Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der sonderpädagogischen Ausbildung <p><i>Bemerkung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Die Wiedereinführung einer fundierten sonderpädagogischen Ausbildung kann als positiv gesehen werden, da diese Lehrpersonen ja auch in den Integrationsklassen benötigt werden. Das Problem in Vorarlberg war dabei immer, dass solche angebotenen Ausbildungslehrgänge aufgrund mangelnden Interesses nicht zustande gekommen sind. ○ Die Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen wendet sich aber gegen eine gesonderte Ausbildung zum Sonderpädagogen. Sie befürwortet das System in der jetzigen PädagogInnenausbildung NEU, wonach alle angehenden Lehrpersonen inklusionspädagogische Module absolvieren müssen, wobei optionale Schwerpunkte weiterhin möglich seien.
LehrerInnen-bewertung	<ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckende Einführung eines anonymisierten 360°-Feedbacks durch Schüler an Lehrer als Basis für Mitarbeitergespräche. <p><i>Bemerkung:</i></p> <p>Einführung einer verpflichtenden Feedbackkultur kann durchaus als positive gesehen werden. Wenn schon Feedbackkultur, dann aber auch für LeiterInnen und InspektorInnen. Abzulehnen wäre es, wenn sich die Rückmeldungen auf die Bezahlung der Lehrpersonen auswirken würden und automatisch negative dienstrechtliche Konsequenzen hätten.</p>

Hochbegabte SchülerInnen	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung von Schulen für besonders begabte Schülerinnen und Schüler (z.B. Sir-KarlPopper-Schule) in allen Bundesländern bzw. Strukturen in bestehenden Schulen ausbauen. <p><i>Bemerkung: Dadurch wird es zu einer weiteren Segregation im österreichischen Schulsystem kommen.</i></p>
Arbeitsplatz Schule	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Standards und bessere Bedingungen. • Öffnung und Nutzung von Schulgebäuden für weitere Formen der Betreuung. • Ausstattung aller Schulstandorte mit entsprechender digitaler Infrastruktur. • Entlastung der Eltern durch Anbieten von Lernmodulen in einer „Sommerschule“. <p><i>Bemerkung: Diese Maßnahme hatte bereits die letzte Regierung angedacht. Folgende Frage stellt sich: Wer macht das? Die LehrerInnen? Die damalige Ministerin Hammerschmid hatte klargestellt, dass für die weitere Betreuung nicht die Lehrpersonen herangezogen werden sollen, sondern FreizeitpädagogInnen und ErzieherInnen. Ob dies der neue Bildungsminister auch so sieht? Seine Aussage im Kurier-Interview: „Man sollte sehr vorsichtig sein, ihnen (den Lehrpersonen) neue Aufgaben aufzuerlegen.“</i></p>
Lehrerbildung NEU	<ul style="list-style-type: none"> • Evaluierung der „Pädagogenausbildung NEU“
Sanktionen für Eltern	<ul style="list-style-type: none"> • Bindung der Sozialleistung an die Einhaltung von (schul)gesetzlichen Verpflichtungen. • Sanktionen bei Sozial- und Transferleistungen für Eltern und Erziehungsberechtigte im Fall einer Missachtung von Aufgaben und Pflichten. • Möglichkeit zur Festlegung von Verhaltensvereinbarungen mit klaren Konsequenzen bei Verstößen an Schulen schaffen. <p><i>Bemerkung: Laut Gesetz haben Eltern Rechte und Pflichten. Finanzielle Kürzungen können aber nur die allerletzte Konsequenz sein. Es gibt Eltern, die sind nicht in der Lage ihren Pflichten nachzukommen oder haben die Kontrolle über ihre Kinder schon längst verloren. Da nützen auch Geldstrafen kaum etwas. Selbst Minister Faßmann meint, dass Strafen für Eltern, die ihre Kinder nicht unterstützen, nur schwer umsetzbar seien. Trotzdem sollte man sich Gedanken machen, wie die Pflichten der Eltern besser eingefordert werden können, etwa verstärkte Elternarbeit.</i></p>
Privatschulen	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionsvergabe an nicht-konfessionelle Privatschulen nach objektiven und nachvollziehbaren Kriterien. <p><i>Bemerkung: Könnte bedeuten, dass damit nicht-konfessionelle Privatschulen mehr Geld erhalten und damit die Konkurrenz zu staatlichen Schulen noch größer wird.</i></p>
Aufsicht der Bildungseinrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> • Schnelles Durchgriffsrecht im Fall von Fehlentwicklungen in pädagogischen Einrichtungen; Ausweitung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten im Fall von Fehlentwicklungen an elementarpädagogischen Standorten, Schulen oder Bildungsstandorten; Überprüfung der Finanzierungsflüsse für alle Schulen.

Gemeinsame Schule „Bewährtes differenziertes Schulsystem erhalten und ausbauen“	<ul style="list-style-type: none"> • Wir bekennen uns zum differenzierten Schulwesen und wollen die einzelnen Schultypen in ihrem Profil stärken. Ein wesentlicher Faktor dieses Schulsystems ist neben der AHS-Unterstufe die Neue Mittelschule, die wir durch Schwerpunktbildungen stärken und attraktivieren wollen. • Schwerpunktbildung im Bereich der Neuen Mittelschule fördern bzw. ausweiten (MINT, technisch, kreativ, musisch, Sport). • Bedarfsgerechte Schaffung von AHS-Unterstufen-Standorten. <p><i>Bemerkung: Die gemeinsame Schule wird von der neuen Regierung nicht unterstützt, das war aber nicht anders zu erwarten.</i></p>
Differenzierung an den Schulen	<ul style="list-style-type: none"> • Flexible Umsetzung der inneren Differenzierung am Schulstandort (z.B. Teamteaching, Coaching, Leistungs- und Fördergruppen).
Lehrinhalte	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung digitaler Grundkompetenzen als Teil der Lehrpläne verankern. • Wirtschaftliche Kompetenz und unternehmerisches Denken als Teil der Lehrpläne etablieren. • Erweiterung von Geschichte und Sozialkunde durch „Staatskunde und politische Bildung“ ab der 5. Schulstufe zur Vermittlung unserer staatlichen Grundwerte und der rechtsstaatlichen Prinzipien.
Administrations- aufwand	<ul style="list-style-type: none"> • Der Administrationsaufwand muss nachhaltig gesenkt werden. Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen sollen sich auf ihre Kernaufgabe - das Unterrichten und das Arbeiten mit Kindern - wieder verstärkt konzentrieren können.
Leistungsabhängiger Gehalt	<ul style="list-style-type: none"> • Die Entlohnung der Pädagoginnen und Pädagogen soll leistungs- und ergebnisorientiert gestaltet werden. <p><i>Bemerkung: Soll das Zulagensystem ausgeweitet werden? Die Regierung gibt keine Auskunft darüber, wie dies gemacht werden soll. Für den neuen Bildungsminister Heinz Faßmann ist dies eine hochgradig sensible Frage und hochkomplex.</i></p>
Bildungsstandards transparent machen	<ul style="list-style-type: none"> • Ein leistungsfähiges Schulsystem bedarf einer transparenten Darstellung der Bildungsstandards in den einzelnen Schulen, um damit zu ermöglichen, dass durch Lernen von den Besten das Schulwesen als Ganzes profitieren kann. <p><i>Bemerkung: Dieser Satz würde eigentlich heißen, dass die Ergebnisse der Bildungsstandards nur an der eigenen Schule öffentlich gemacht werden, damit sie dort diskutiert werden. Sollte damit ein öffentliches Ranking aller Schulen gemeint sein, ist dies kategorisch abzulehnen.</i></p>
Schulgesetze, Erlässe, ...	<ul style="list-style-type: none"> • Evaluierung und Konsolidierung aller bestehenden Schulgesetze in einem kompakten und klar formulierten Bundesbildungsgesetz für Inhalte und Organisation sowie in einem Pädagogengesetz für alle personalrelevanten Aspekte. • Sofortmaßnahme: Komplette Überprüfung aller in Kraft stehenden Erlässe, Verordnungen und Rundschreiben auf ihre Praktikabilität und Notwendigkeit.

Fortbildung	<p>Verpflichtende regelmäßige Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, insbesondere am Schulstandort und grundsätzlich in den unterrichtsfreien Zeiten. <i>(Bemerkung: Ist für Lehrpersonen bereits im Gesetz so vorgesehen.)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Fort- und Weiterbildung (speziell in den Bereichen Schulentwicklung, Pädagogik und digitale Lernunterstützung)
Anstellung und Kündigung	<ul style="list-style-type: none"> • Klare Regelungen für die Anstellung, Bewertung (mit Konsequenzen und Verpflichtungen) und Kündigung von Lehrerinnen und Lehrern. • Neues einheitliches Bundesgesetz für alle im Bildungsbereich tätigen Pädagoginnen und Pädagogen. • Gültigkeit für alle Lehrerinnen und Lehrer der unterschiedlichen Schultypen sowie für Elementarpädagoginnen und -pädagogen und jene Personen, die im Bereich der Tagesbetreuung tätig sind.
Quereinsteiger	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Möglichkeiten und Erleichterungen für Quereinsteiger und „Rückkehrer“, um als Pädagoginnen und Pädagogen zu arbeiten (Anrechenbarkeit von Ausbildungen). <p><i>Bemerkung: Eine Reform der Vordienstzeiten für ältere QuereinsteigerInnen ist im Programm nicht vorgesehen.</i></p>
Arbeitsmodelle	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Arbeitszeitmodelle für Pädagoginnen und Pädagogen, um Schulen eine standortautonome, flexible Arbeitszeitgestaltung zu ermöglichen. <p><i>Bemerkung: Dies könnte bedeuten, dass Lehrpersonen zwar weiterhin die gleiche Jahresarbeitszeit haben, aber diese schulautonom anders verteilt werden kann. Etwa weniger Wochenstunden, dafür aber auch einige Wochenstunden in der Ferienzeit.</i></p>
Schulsprengel	<ul style="list-style-type: none"> • Auflösung der Einteilung des Bundesgebietes in standortgestützte Schulsprengel im Bereich der Neuen Mittelschule. • Schulen im Rahmen der Schulautonomie bei der Anmeldung und Aufnahme von Schülern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten einräumen (Ausnahme Volksschule). • Temporäre Möglichkeit von Eingangsverfahren (im Zuge der Anmeldungen für die jeweiligen ersten Klassen) für höhere Schulen (AHS, BMHS) im Rahmen der Schulautonomie ermöglichen. <p><i>Bemerkung: Dies bedeutet die Aufhebung der Schulsprengel und eine eventuelle Einführung von Aufnahmeprüfungen. Die freie Sprengelwahl führt zu einem Konkurrenzkampf der Schulen. Sogenannte Brennpunktschulen können dabei nur verlieren. (Negativbeispiel Schweden)</i></p>
Testungen	<ul style="list-style-type: none"> • Standardisierter Talente-Check für Volksschüler am Ende der 3. Klasse Volksschule. • Chancen-Pass am Beginn der 7. Schulstufe: Verbindliche Prüfung der Bildungsstandards ergänzt um weitere Tests, um die richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen <p><i>Bemerkung: Ob es sinnvoll ist, zusätzliche österreichweite Testungen einzuführen, darf bezweifelt werden. Zum SchülerInnenbild gehört aber noch weit mehr (z.B. soziale Kompetenz).</i></p>

Deutschklassen	<ul style="list-style-type: none"> Eigene Deutschklassen für Schüler, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen. Strenge Kriterien im Hinblick auf den Übertritt ins Regelschulwesen. <p><i>Bemerkung:</i> Das Modell wird erst noch ausgearbeitet. Laut Bildungsministerium, soll es keine strikte Trennung geben, sondern in bestimmten Fächern eine Fokussierung auf das Erlernen der deutschen Sprache, die Klassengemeinschaft soll erhalten bleiben. Temporäre Gruppen für einen kurzen Deutsch-Crashkurs können durchaus von Vorteil sein. Aber generell gilt: Die Kinder sollen miteinander lernen. Sowohl Bildungsexperte Stefan Hopmann (Uni Wien) und Bildungspsychologin Christiane Spiel (Uni Wien) halten nichts von Deutschklassen. Integrierte Förderlösungen seien effektiver.</p>
Ganztagesesschulen	<ul style="list-style-type: none"> Bedarfsgerechter Ausbau der ganztägigen Schul- und Betreuungsformen ab der Mittelstufe auch in der verschränkten Form unter Berücksichtigung der Wahlfreiheit und schulparnterschaftlichen Mitbestimmung <p><i>Bemerkung:</i> Ausbau der ganztägigen Schulformen erst ab der Mittelstufe. Und die Volksschule?</p>
Privatschulen	<ul style="list-style-type: none"> Subventionsvergabe an nicht-konfessionelle Privatschulen nach objektiven und nachvollziehbaren Kriterien. Generelle Eröffnung von Privatschulen erst nach eingehender Überprüfung der pädagogischen Lehrpläne und Maßnahmen. <p><i>Bemerkung:</i> Dies könnte bedeuten, dass es in Zukunft noch mehr Privatschulen gibt.</p>
Benotung	<ul style="list-style-type: none"> Die Notenwahrheit muss wiederhergestellt werden. Fünfteiliges Notensystem - verbale Beurteilung kann zusätzlich gemacht werden Genauere Definition, welche Note vergeben werden kann bzw. muss. <p><i>Bemerkung:</i> Damit schafft die Regierung die Wahlmöglichkeit des Schulforums (Eltern und LehrerInnen) ab, sich entweder für die Ziffernote oder die verbale Beurteilung zu entscheiden. Das ist eine Begrenzung der Autonomie. Was heißt Notenwahrheit?</p>
Bildungsstandards	<ul style="list-style-type: none"> Erweiterte Ausarbeitung und flächendeckende Anwendung der Bildungsstandards für die unterschiedlichen Schulstufen und Schultypen. Bessere Verwertbarkeit der Ergebnisse durch frühere Durchführung (3. und 7. Schulstufe) und raschere Rückmeldung an den Einzelnen und an die Schule. Standardisierte, regelmäßige Feststellung des Lernfortschritts auf Basis der präzisierten Lehrpläne, der Benotungssystematik, der Bildungsstandards und der Bildungspflicht in allen Schultypen und Schulstufen. <p><i>Bemerkung:</i> Es darf befürchtet werden, dass die staatlich angeordneten Tests gewaltig zunehmen werden.</p>

Leistungsfortschritt der SchülerInnen - Bildungspflicht	<ul style="list-style-type: none"> • Definition bestimmter Grundfertigkeiten und eines Grundwissens die jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn beherrschen muss. Keine Schülerin und kein Schüler soll das Schulwesen ohne das nachweisliche Beherrschen bestimmter Grundkompetenzen verlassen. • Die Leistung muss kontinuierlich überprüft werden. • Schülerinnen und Schüler werden verpflichtet, so lange im Schulverband bzw. Schulsystem zu verbleiben, bis sie bestimmte, genau definierte Kernkompetenzen (Lesen, Rechnen, Schreiben, soziale und kreative Kompetenzen) nachweislich beherrschen. • Chancen-Pass am Beginn der 7. Schulstufe. Prüfung der Bildungsstandards ergänzt um weitere Tests, um die richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen. • Regelmäßige altersadäquate Kompetenzmessungen. • Definition der Ziele und Kernkompetenzen, die Schulen vermitteln müssen. <p><i>Bemerkung: Es ist wünschenswert, wenn Jugendliche ohne grundlegende Kenntnisse nicht einfach in die Arbeitswelt entlassen werden. Ob ein längerer Schulbesuch die Lernmotivation erhöhen wird, darf allerdings bezweifelt werden. Ob dies funktioniert, hängt davon ab, wie es gemacht wird.</i></p>
Ethik	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtender Ethikunterricht für alle, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen. <p><i>Bemerkung: Die Freien LehrerInnen fordern einen Ethikunterricht für alle.</i></p>
Elementarpädagogik	<ul style="list-style-type: none"> • Qualitätsvolle Elementarpädagogik durch höhere Standards bei Bildung und Betreuung. • Schaffung von tertiären Angeboten für die Ausbildung von Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen (insbesondere für jene in leitenden Positionen). • Genau definierter, verbindlicher Wertekanon (Bekenntnis zur Verfassungs-, Werte- und Gesellschaftsordnung, verbindliche Vermittlung). • Standardisierte und harmonisierte Sprachstandserhebungen und verbindliche Sprachförderung in deutscher Sprache für jene Kinder, die darauf angewiesen sind. Im Fall einer Nicht-Erfüllung der Kriterien besteht eine Vorschulpflicht. • Zweijährige Verpflichtung zum Besuch eines Kindergartens für jene, die das brauchen (auf Basis der Sprachstandsfeststellungen und Berücksichtigung weiterer, für die Entwicklung eines Kindes relevanter Faktoren). • Förderung der verschränkten Zusammenarbeit von Kindergarten und Volksschule.

Zusammengestellt: Gerhard Unterkofler (Vors. der Pflichtschullehrergewerkschaft)